

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr.PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

**Finanzierung von Krankenhäusern in Niedersachsen**

Anfrage des Abgeordneten MUDr.PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 30.04.2024

Aus einem Artikel des Ärzteblatts vom 4. April 2024 geht hervor, dass der Niedersächsische Städtetag, dem als Spitzenverband mehr als 120 Städte und Gemeinden angehören, die Landesregierung aufgefordert hat, mehr Geld für den Betrieb der Krankenhäuser des Landes bereitzustellen<sup>1</sup>. Der Verbandspräsident und Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter weist darauf hin, dass die Kommunen „die enorme Finanzlast zum Ausgleich der Defizite bei den Krankenhäusern nicht länger allein schultern“ können. Verhandlungen zwischen Bund und Ländern würden seit Monaten geführt, seien bislang aber ohne ein belastbares Ergebnis hinsichtlich einer Krankenhausreform geblieben. Die chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser werde in der Zwischenzeit durch die Kommunen ausgeglichen. Das Land Niedersachsen müsse noch in diesem Jahr zusätzliche Gelder zur Verfügung stellen, da Einrichtungen andernfalls die Schließung drohe.<sup>2</sup>

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Forderung des Niedersächsischen Städtetags nach einer erhöhten finanziellen Unterstützung für den Betrieb der Krankenhäuser in Niedersachsen?
2. Was sind aus Sicht der Landesregierung die primären Ursachen für die finanzielle Notlage der Krankenhäuser in Niedersachsen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die langfristigen finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Krankenhäuser in Niedersachsen?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um eine strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser des Landes anzugehen und ihre langfristige finanzielle Stabilität zu gewährleisten?
5. Inwiefern betrachtet die Landesregierung die Finanzierung von Krankenhäusern als eine primäre Verantwortung der Kommunen, und welche Gründe gibt es dafür, dass man die Kommunen mit der zusätzlichen finanziellen Belastung bisher alleine lässt?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Folgen einer möglichen Schließung von Krankenhäusern in Niedersachsen auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung und die öffentliche Gesundheit im Allgemeinen?
7. Welche Verhandlungen und Maßnahmen hat die Landesregierung bisher unternommen, um eine belastbare Lösung für die Finanzierung der Krankenhäuser durch Bund und Länder zu erreichen, und welche Ergebnisse wurden bisher erzielt?
8. Plant die Landesregierung darauf hinzuwirken, die Verantwortung für die Finanzierung der Krankenhäuser in Niedersachsen zwischen Bund, Land und Kommunen neu zu verteilen? Wenn ja, inwiefern?
9. Welche konkreten Schritte plant die Landesregierung, um sicherzustellen, dass die zusätzlichen Gelder, die den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt werden, effizient und transparent verwendet werden, um die Qualität der Patientenversorgung zu verbessern?

---

<sup>1</sup> <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/150435/Niedersachsen-Staedtetag-ruft-nach-mehr-Geld-fuer-Krankenhaeuser>

<sup>2</sup> ebenda

10. Welche Alternativen zur direkten finanziellen Unterstützung der Krankenhäuser erwägt die Landesregierung, um die finanzielle Stabilität und Leistungsfähigkeit der Krankenhausversorgung in Niedersachsen langfristig zu gewährleisten?
11. Betrachtet die Landesregierung die Forderung des Niedersächsischen Städtetags als symptomatisch für strukturelle Probleme im Gesundheitswesen? Wenn ja, inwiefern, und welche umfassenden Reformen plant sie, um die vom Städtetag bemängelten Probleme nachhaltig zu lösen?
12. Wie plant die Landesregierung, die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Kommunen und anderen relevanten Akteuren im Gesundheitswesen zu verbessern, um eine effektive Lösung für die Finanzierung der Krankenhäuser in Niedersachsen zu finden?
13. Betrachtet die Landesregierung die Forderung nach zusätzlichen Geldern für die Krankenhäuser als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung? Wenn ja, inwiefern, und welche Maßnahmen plant sie, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen haben?